

Antrag 136/I/2025

Beschluss

Bildungseinrichtungen sollen bundesweit verpflichtet werden, Demokratiebildung, Erinnerungskultur und die Vermittlung des Grundgesetzes verbindlich im Lehrplan zu verankern.

der Bundesvorstand der Partei wird aufgefordert darauf hinzuwirken, dass es in den Ländern zu einem abgestimmten Vorgehen kommt im Umgang mit Demokratiebildung, Erinnerungskultur und die Vermittlung des Grundgesetzes in Schulen. Hierzu ist eine Expertenkommission einzuführen, die Empfehlungen erarbeitet, die perspektivisch über die KMK Einzug in die Landesprogramme erhalten soll.

Konkrete Mittel hierzu sollen als Bestandteile der geforderten angepassten Lehrpläne sein

1. Verpflichtenden Epochenunterricht mit Vermittlung des Grundgesetzes, Demokratiebildung und Erinnerungskultur
2. Aktiver Förderung der Diskussionskultur
3. Einbindung aktueller Themen aus der Politik
4. Die Stärkung demokratischer Schulstrukturen wie von Schülerparlamenten und Klassensprecherwahlen
5. Die konsequente Würdigung der Diversität

Dabei sind moderne Herausforderungen wie der Einfluss sozialer Medien und eine sich zunehmend diverser entwickelnde Gesellschaft gezielt zu berücksichtigen, um die freiheitlich-demokratischen Grundwerte der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig zu stärken.

Überweisen an

2027-Bundesparteitag, Landesgruppe